

Stephanie Günther

„Denn man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“¹

Die Bedeutung der Tageszeitung als Medium der Kommunalpolitik, dargestellt am Beispiel der Kölnischen Zeitung und der Deutschen Volkspartei in der Rheinprovinz

„Man kann ruhig sagen, dass ohne [...] die Kölnische Zeitung die DVP im Rheinland damals kaum hoch gekommen wäre.“² Dies behauptete zumindest der Herausgeber der Kölnischen Zeitung, Alfred Neven DuMont, 1931 im Laufe einer Auseinandersetzung mit dem Parteivorsitzenden der Deutschen Volkspartei (DVP), Eduard Dingeldey. Der offene Hinweis DuMonts auf die Abhängigkeit der rheinischen DVP von der Kölnischen Zeitung verdeutlicht nicht nur Selbstverständnis und Selbstbewusstsein des Zeitungsverlegers, sondern spricht auch ein prägendes Charakteristikum vor allem der Kommunalpolitik in der Weimarer Republik an. Der Erfolg einer Partei auf kommunaler Ebene hing wesentlich von ihrer Unterstützung durch die Presse ab, in erster Linie von den Tageszeitungen.

Rolle der Parteipresse in der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik war ein steigendes Interesse der Presse und der Öffentlichkeit an kommunalpolitischen Themen zu beobachten. Dies ist zum einen auf das veränderte Wahlrecht zurückzuführen, das das Vordringen der Parteien auf der

¹ Hugo Böttger, Von der Parteipresse, in: Adolf Kempkes (Hg.), Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei, Berlin 1927, S. 316–321, hier S. 316. Der vorliegende Aufsatz basiert auf Erkenntnissen aus der Dissertation der Autorin über „Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik“, deren Veröffentlichung noch bevorsteht.

² Bundesarchiv (BArch) Koblenz, Nachlass Eduard Dingeldey, Bestand N 1002/45: Schreiben von Alfred Neven DuMont an Dingeldey vom 1. September 1931.

kommunalen Ebene förderte sowie die Partizipation größerer Teile der Bevölkerung – vor allem auch der Frauen – ermöglichte. Zum anderen trug die erweiterte Zuständigkeit der Kommunen für die Bereiche der Daseinsvorsorge, die die Bürger unmittelbar tangierten, wie die Lebensmittel- und Energieversorgung oder die Bereitstellung von Wohnraum, dazu bei.³ Hinzu kam außerdem die Tatsache, dass die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen nun öffentlich waren und damit die Entscheidungsfindung verfolgt werden konnte.⁴ Um diesem gestiegenen Interesse und Informationsbedarf gerecht zu werden, richteten die Zeitungen Kommunalteile und kommunale Beilagen ein.⁵ Diese verstärkte Berichterstattung über kommunale Angelegenheiten trug ihrerseits wiederum zu einem steigenden Interesse an der Kommunalpolitik bei.⁶ Das öffentliche Interesse an der Kommunalpolitik und die entsprechende Berichterstattung der Presse bedingten und förderten sich also gegenseitig.

Die Parteien begegneten der – auch intern – zunehmenden Beachtung und Bedeutung der Kommunalpolitik dadurch, dass sie eigene kommunalpolitische Zeitschriften herausgaben. Diesen Periodika kam vor allem die Aufgabe zu, parteiintern für eine einheitliche politische Ausrichtung zu sorgen, „parteipolitische Wegweisungen“ zu geben und zur „Entwicklung und Weiterbildung des geistigen Ideengehalts“ der Partei beizutragen.⁷ Von den Tageszeitungen hingegen erwartete man die Berichterstattung über die aktuellen lokalen und regionalen sowie über die landes- und reichsweiten Aktivitäten der Partei. Die Parteien waren auf eine entsprechende Resonanz ihrer Arbeit in der Presse angewiesen, um ihre potentiellen Wähler informieren zu können.⁸ Man war sich bewusst, dass man zwar „Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen“ kann.⁹

Um eine wohlgesonnene Berichterstattung über ihre Veranstaltungen und Positionen sicherzustellen, verfügten viele Parteien der Weimarer Republik über eigene Zeitungen oder besaßen zumindest Anteile an den Zeitungsverlagen. Der

³ Frank Ahland, *Mehr Freiheit genießen. Wittener Sozialdemokratie und kommunale Politik vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik*, Essen 2000, S. 47. Albert Hensel, *Kommunalrecht und Kommunalpolitik in Deutschland*, Breslau 1928, S. 7 f.

⁴ Ahland (wie Anm. 3), S. 47.

⁵ Nach Einschätzung von Michael Haller kam „in der Weimarer Zeit die Tagespresse mit ihren Lokalteilen regelrecht zur Blüte“. Michael Haller, *Lokale Kommunikation*, in: Günter Bentele/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hg.), *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*, Wiesbaden 2003, S. 576–589, hier S. 581.

⁶ Vgl. dazu auch die Äußerungen Oskar Mulerts in: *Deutscher Städtetag* (Hg.), *Jahresversammlung des Deutschen Städtetages*. Frankfurt am Main, 27. September 1929, Berlin 1929, S. 23.

⁷ Böttger (wie Anm. 1), S. 318.

⁸ Vgl. Horst Romeyk, *Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918–33*, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 39 (1975), S. 189–236, hier S. 225.

⁹ Böttger, (wie Anm. 1), S. 316.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) stand mit dem Hugenberg-Konzern sogar ein „Presseimperium“ zur Verfügung.¹⁰ Für die Sozialdemokratie ist in erster Linie auf den parteieigenen „Vorwärts“ sowie für das Rheinland auf die „Rheinische Zeitung“ zu verweisen.¹¹ Der Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“, Wilhelm Sollmann, war bis 1924 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kölner Stadtrat und verfügte über gute persönliche Kontakte zum Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Gegen Ende der 1920er Jahre nahm die Kritik der „Rheinischen Zeitung“ an Adenauer und seiner Kommunalpolitik an Schärfe zu.¹² Die katholische Zentrumsparterie konnte sich im Rheinland und in Westfalen auf die „Kölnische Volkszeitung“, die „Essener Volkszeitung“ und die Dortmunder „Tremonia“ verlassen.¹³ Von besonderer Bedeutung für die Zentrumsparterie im Rheinland, insbesondere in Köln, war die „Kölnische Volkszeitung“. Mit ihr waren die Kölner Stadtverordneten und Zentrumsmitglieder Hugo Mönning und Heinrich Maus verbunden.¹⁴ Der Niedergang des Blattes veranlasste Adenauer, der im Allgemeinen eher kritisch, ja misstrauisch, gegenüber der Presse eingestellt war, 1931 zu der besorgten Äußerung, dass die Zentrumsparterie „bald kein geistig führendes Blatt mehr besitzt“.¹⁵ Die Deutsche Volkspartei, die in Köln und in der Rheinprovinz insgesamt in den Stadtverordnetenversammlungen und auch im Provinziallandtag keine dominante Rolle spielte, sondern meist nur dritt- oder viertstärkste Partei war,¹⁶ verfügte über keine eigene Zeitung. Sie war daher auf die freundlich

¹⁰ Kurt Koszyk, *Deutsche Presse 1914–1945*, Düsseldorf 1972, S. 138 und ausführlicher S. 146–151.

¹¹ Jürgen Wilke, *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte*, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 348. Zur gut erforschten Presse der deutschen Sozialdemokratie siehe Kurt Koszyk/Gerhard Eisfeld, *Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie*, 2. erweiterte Auflage, Bonn 1980. Zum Parteiorgan „Vorwärts“ der SPD siehe die Auflagenzahlen bei Rudolf Stöber, *Deutsche Pressegeschichte*, Konstanz 2005, S. 246 und die Darstellung bei Koszyk (wie Anm. 10), S. 303–321.

¹² Günther Schulz, *Konrad Adenauer 1917–1933. Dokumente aus den Kölner Jahren*, Köln 2007, S. 174 f.; 185–187.

¹³ Koszyk (wie Anm. 10), S. 302. Konrad Dussel, *Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2004, S. 144.

¹⁴ Schulz (wie Anm. 12), S. 171.

¹⁵ Ebd. Das Zitat Adenauers stammt aus einem Schreiben Adenauers an Prorektor Prof. Dr. Konen, Bonn, vom 29. Dezember 1931 aus dem Historischen Archiv der Stadt Köln 902/258/5, Blatt 975, abgedruckt in Schulz (wie Anm. 12), S. 181 f.

¹⁶ Zu den Ergebnissen der Provinziallandtagswahlen 1921, 1925 und 1929 siehe Wilhelm Ribhegge, *Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789–1947*, Münster 2008, S. 390. Zur Sitzverteilung in der Kölner Stadtverordnetenversammlung siehe Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, 2. Aufl., Stuttgart 1986, S. 309 f.; 316.

gesonnene Berichterstattung so genannter „parteinaher“ Zeitungen angewiesen.¹⁷ Zu diesen zählten in der Rheinprovinz und in Westfalen unter anderem die „Kölnische Zeitung“, die „Dortmunder Zeitung“, die „Bonner Zeitung“ sowie die „Rhein- und Ruhr-Zeitung“.¹⁸ Diese Beispiele zeigen, dass eine parteipolitisch ausgerichtete Berichterstattung der Tageszeitungen in der Weimarer Republik nichts Ungewöhnliches, sondern üblich und selbstverständlich war; die Medienforschung spricht daher für diese Zeit von einer Tendenz- oder Meinungspressen.¹⁹

Die Kölnische Zeitung

Unter den Zeitungen, die der DVP nahe standen, zählte die Kölnische Zeitung im Rheinland „ohne Zweifel zu den bedeutendsten“.²⁰ Die seit Mitte des 19. Jahrhunderts zweimal täglich – mit einer Morgen- und Abendausgabe – erscheinende Zeitung befand sich seit 1802 im Besitz der Familie DuMont.²¹ Von den 55 in Deutschland tätigen Redakteuren widmeten sich 1925 neben dem Chefredakteur noch zwei weitere Redakteure allein der Parteipolitik, für die Kommunalpolitik gab es einen eigenen Redakteur, der zugleich auch für die Berichterstattung über die besetzten Gebiete zuständig war.²² Die Zeitung verfügte zudem über Auslandskorrespondenten in London, Moskau, Paris, Rom und Washington. Während ihre Auflage bei Ausbruch des Krieges 1914 bei 200.000 gelegen hatte und damit die bis dahin höchste von einer deutschen Zeitung erreichte Auflage darstellte,²³ druckte die Kölnische Zeitung 1923 noch eine Auflage von 80.000 Exemplaren.²⁴ Ab 1930/1933 hatte die Zeitung mit einem verstärkten Rückgang ihrer Abon-

¹⁷ Zur Typologie der Partei- bzw. parteinahen Presse siehe Stöber (wie Anm. 11), S. 227 oder Heinz Pürer/Johannes Raabe, *Presse in Deutschland*, 4. erweiterte Auflage, Konstanz 2007, S. 66.

¹⁸ Romeyk (wie Anm. 8), S. 227. Für weitere der DVP nahestehende Zeitungen siehe die Auflistung bei Böttger (wie Anm. 1), S. 317f.

¹⁹ Siehe dazu unter anderem Romeyk (wie Anm. 8), S. 227. Stöber (wie Anm. 11), S. 227. Pürer/Raabe (wie Anm. 17), S. 66 sprechen von einer „Parteirichtungspressen“.

²⁰ Romeyk (wie Anm. 8), S. 227.

²¹ Koszyk (wie Anm. 10), S. 57. Stöber (wie Anm. 11), S. 237. Die Kölnische Zeitung geht auf die seit 1651 in Köln erscheinende „Postzeitung“ zurück, die 1802 bei der Übernahme durch die Familie DuMont von „Kölner Zeitung“ in „Kölnische Zeitung“ umbenannt wurde. Georg Potschka, *Kölnische Zeitung (1802–1945)*, in: Heinz-Dietrich Fischer, *Deutsche Zeitungen des 17.–20. Jahrhunderts*, Pullach bei München 1972, S. 145–158, hier S. 145.

²² Manfred Pohl, M. DuMont Schauberg. *Der Kampf um die Unabhängigkeit des Zeitungsverlags unter der NS-Diktatur*, Frankfurt/Main 2009, S. 84.

²³ Pohl (wie Anm. 22), S. 38.

²⁴ Stöber (wie Anm. 11), S. 237.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

zenten und finanziellen Engpässen des Verlagshauses zu kämpfen; 1933 war die Auflage der Kölnischen Zeitung bereits auf 30.000 zurückgegangen.²⁵ Dennoch konnte sie sich bis 1945 halten. Ihr Erscheinen wurde erst nach der Zerstörung des Druckereigebäudes durch einen Bombenangriff im März 1945 und dem Verbot durch die Gauleitung mit dem 8. April 1945 eingestellt.²⁶ Bis dahin hatte ihr Hauptverbreitungsgebiet im Regierungsbezirk Köln und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gelegen. Nach eigenen Angaben, die aus dem Jahr 1928 stammen, betrug der Anteil an der Gesamtverbreitung der Kölnischen Zeitung in ihrem Heimatbezirk, dem Regierungsbezirk Köln, 29,6 % und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sogar 39,3 %.²⁷ Zu ihrem Leserkreis zählten zu einem hohen Prozentsatz (42,5 %) Angehörige des Großhandels und der Großindustrie, der Banken und Versicherungen. Hinzu kamen Akademiker, höhere und mittlere Beamte und Angestellte, Künstler, Intellektuelle sowie ein kleinerer Anteil an Rentnern und Landwirten. Ebenso zählten Hotels, Gaststätten und Handels- und Handwerkskammern zu den Abonnenten.²⁸ Damit erreichte die Kölnische Zeitung eine breite Leserschaft in der Region und zählte zugleich zu den größeren und renommierten Tageszeitungen der Weimarer Republik. Da sich ihr Leserkreis mit den Wählern der liberalen Parteien nahezu deckte, stellten die 1924 etwas über drei Millionen Wähler der DVP und die knapp zwei Millionen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) „ein solides Polster für die Abonnentenzahl des überregionalen Blattes dar“.²⁹

Die Wurzeln der Zusammenarbeit zwischen Deutscher Volkspartei und Kölnischer Zeitung reichen bis zur Vorgängerorganisation der DVP im Kaiserreich, der Nationalliberalen Partei, zurück. Die Kölnische Zeitung wirkte als parteinahe Tageszeitung im Sinne der Nationalliberalen und seit 1918 für die Deutsche Volkspartei „meinungsbildend [...], ohne förmlich an die Partei angebunden zu sein“.³⁰ Die Nähe der Kölnischen Zeitung zur DVP drückte sich nicht nur durch die bevorzugte und wohlwollende Berichterstattung über deren Parteitage und den Abdruck von Wahlwerbung und Standpunkten einzelner DVP-Politiker zu

²⁵ Pohl (wie Anm. 22), S. 305. Der Umsatzrückgang des Anzeigengeschäfts betrug 60 %, der Verlust belief sich auf 1,2 Millionen Reichsmark.

²⁶ Pohl (wie Anm. 22), S. 382 f. Siehe dort auch die prozentuale Aufschlüsselung des Leserkreises.

²⁷ Die Kölnische Zeitung von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Köln 1928, S. 15. Die übrige Verbreitung verteilte sich auf Mitteldeutschland mit 14,9 %, Süddeutschland mit 12,8 % und Nordostdeutschland mit 3,4 %.

²⁸ Pohl (wie Anm. 22), S. 101 f.

²⁹ Pohl (wie Anm. 22), S. 162.

³⁰ Dussel, (wie Anm. 13), S. 95.

aktuellen Themen aus, sondern insbesondere in der kontinuierlichen Unterrichtung der Leserschaft über die kommunalpolitischen Aktivitäten der Partei.

Dass die Auffassungen darüber, wie das „parteinahe“ Verhältnis auszulegen sei, durchaus unterschiedlich ausfallen konnten, zeigt der eingangs erwähnte Konflikt. Diese Auseinandersetzung, die in einem Briefwechsel über mehrere Monate ausgetragen wurde, hatte sich daran entzündet, dass die DVP die Berichterstattung der Kölnischen Zeitung kritisiert hatte. Nach ihrer Ansicht habe die Zeitung keine „klare bürgerliche Politik“ und damit nicht die Position der DVP vertreten.³¹ Die Redaktion der Kölnischen Zeitung wehrte sich gegen diesen Vorwurf und bat den Parteivorsitzenden Dingeldey um eine entsprechende Stellungnahme. Die Auseinandersetzung setzte sich jedoch fort, so dass der Verleger der Kölnischen Zeitung, Alfred Neven DuMont, im August 1931 einen erbosten Brief an Dingeldey schrieb, in dem er diesem die Bedeutung der Kölnischen Zeitung für die Deutsche Volkspartei vorhielt und ihm vorwarf: „Die DVP begeht aber auch mit derartigen Angriffen gegen die KZ [Kölnische Zeitung], verzeihen Sie mir den Ausdruck, eine grosse Dummheit. Ich bin Vorsitzender des Vereins der Presse der DVP. Ich weiss, dass ausser der KZ in diesem Verein keine andere bedeutende deutsche Zeitung vertreten ist, ausser vielleicht dem Hannoverschen Kurier.“³² Er führte weiter aus: „Gerade weil die KZ von der Partei völlig unabhängig ist, kann sie dieser bedeutende Dienste leisten, wenn sie, wie das bisher in ausserordentlich vielen Fällen geschehen ist, aus innerer Ueberzeugung für die Ziele, Zwecke und Massnahmen der DVP eintritt. Will die DVP sich mutwillig dieser Hilfe berauben? Wer, glauben Sie, wird dann den grössten Schaden erleiden?“³³ DuMont forderte von Dingeldey eine eindeutige Stellungnahme zum Verhältnis der DVP zur Kölnischen Zeitung, da es ihm „sonst unmöglich [sei], in einer Partei mitzuarbeiten, die sich gern meiner persönlichen Hilfe und der meines Verlages bedient, wenn sie ihr passt, aber unter Verleugnung der liberalen Anschauung gegen die KZ und damit auch gegen mich arbeitet, wenn wir, unserer Freiheit wärend, einmal in einem mehr oder weniger wichtigen Punkte anderer Meinung sind, als die DVP.“³⁴ Die Antwort Dingeldeys, die leider nicht erhalten ist, schien den Verleger der Kölnischen Zeitung nicht beruhigt zu haben, denn am 1. September 1931 schrieb dieser einen weiteren, deutlichen Brief an den Parteivorsitzenden. Darin beklagte er sich, dass man dem Verlag insbesondere aus den volkspar-

³¹ BArch Koblenz, N 1002/45: Schreiben der Redaktion der Kölnischen Zeitung an Dingeldey vom 4. April 1931, in dem dieser Vorwurf der DVP zitiert wird.

³² BArch Koblenz, N 1002/45: Schreiben von A. Neven DuMont an Dingeldey vom 12. August 1931.

³³ Ebd.

³⁴ Ebd.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

teilichen Organisationen in Duisburg und Krefeld Briefe geschrieben habe, aus denen hervorgehe, „dass man in Versammlungen der DVP an den betreffenden Orten über die KZ gewissermaßen zu Gericht gesessen hat und uns als Ergebnis ‚Entrüstung‘ über unser Vorgehen mitgeteilt hat“ und zudem „die Parteimitglieder zur Abbestellung der KZ auffordern werde“.³⁵ DuMont wies darauf hin, dass dies „eine Agitation gegen die KZ [sei], zu der die Parteimitglieder kein Recht haben“, da sie und „die Unterorganisationen der DVP sehr wohl die Hilfe der KZ in politischer Beziehung in Anspruch nehmen bzw. [sic!] sich gern gefallen lassen, ebenso auch von ihr materielle Unterstützungen entgegenzunehmen und dann bei der ersten Gelegenheit, wo die KZ einmal anderer Meinung ist als die Parteileitung, über die KZ zu Gericht sitzen, uns ihre Empörung mitteilen und gegen die KZ offen oder versteckt arbeiten“.³⁶ Außerdem sollte die Deutsche Volkspartei bedenken, so DuMont, dass es er und der damalige Chefredakteur der Zeitung, Ernst Posse, gewesen seien, „die bei der Gründung der DVP im Rheinland dieser ganz bedeutende Unterstützung gewährten. Man kann ruhig sagen, dass ohne uns und die KZ die DVP im Rheinland damals kaum hoch gekommen wäre“.³⁷

Dies war bei weitem nicht die einzige Gelegenheit, bei der die Meinung darüber, wie eng die „parteinah“ Bindung auszulegen sei, auseinander ging und die DVP „zu sehr freundschaftliche Parteinahme mit Parteigebundenheit verwechselte und abweichende Meinungen als Anlaß zu heftigen Beschwerden nahm“.³⁸ So beschwerte sich etwa der aus den Reihen der DVP stammende Finanzminister Moldenhauer 1930 beim Parteivorsitzenden Scholz darüber, dass die Kölnische Zeitung eine Kritik des Parteikollegen Morath an der Lohnpolitik des Finanzministers abgedruckt hatte.³⁹

Verursacht wurden diese sich häufenden Konflikte durch den nach dem Tod Stresemanns einsetzenden Rechtskurs der DVP und der zeitgleich stattfindenden – wenn auch nur kurzzeitigen – Linksorientierung der Kölnischen Zeitung. Mit der Ablösung des seit 1923 die Zeitungsausrichtung prägenden Chefredakteurs Anton Hassmüller 1928 und dem Eintritt von Kurt Neven DuMont 1927 in die Redaktion der Kölnischen Zeitung, der damit Verleger und Chefredakteur in Personalunion wurde, rückte die Zeitung von der engen Bindung zur DVP ab

³⁵ BArch Koblenz, N 1002/45: Schreiben von A. Neven DuMont an Dingeldey vom 1. September 1931.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd. Über eine weitere Fortsetzung der Auseinandersetzung gibt die Überlieferung im Bundesarchiv keinen Aufschluss.

³⁸ Romeyk (wie Anm. 8), S. 227.

³⁹ Koszyk (wie Anm. 10), S. 277. Siehe dazu die Beschwerde Moldenhauers an Scholz in BArch Berlin, Deutsche Volkspartei, Bestand R 45 II/69 und die Kritik Moraths in Kölnische Zeitung Nr. 314 vom 11. Juni 1930.

und orientierte sich weiter nach links.⁴⁰ Selbst SPD-Politikern wie Reichskanzler Hermann Müller wurde nun Platz für Äußerungen eingeräumt, – eine Tatsache, die zuvor undenkbar gewesen war.⁴¹ Diese Umorientierung, die zeitgleich mit den sinkenden Wahlerfolgen der DVP einherging, lässt sich auch bei den Wahlaufrufen feststellen; 1930 rief die Kölnische Zeitung bei den Reichstagswahlen nicht mehr explizit für die Wahl der DVP, wie sie es 1924 und 1928 getan hatte, sondern allgemein zur Wahl der bürgerlichen Mitte auf, sei es DVP oder DDP bzw. Deutsche Staatspartei; 1932 wurde auch die DNVP in den Wahlaufruf mit einbezogen.⁴²

Aktive Pressearbeit der DVP

Trotz dieser Konflikte blieb die grundsätzliche Bindung zwischen Kölnischer Zeitung und DVP während der Weimarer Republik bestehen, auch wenn die Unterstützung der Zeitung für die Partei nur bis zum Tod Stresemanns vorbehaltlos war.⁴³ Gefördert wurde diese Bindung nicht nur durch die Tatsache, dass die Zeitung die Partei finanziell unterstützte und sich die Frau des Verlegers, Alice Neven DuMont, in der DVP engagierte.⁴⁴ Die Kölnische Zeitung war zudem Mitglied im Presseverein der Deutschen Volkspartei und DuMont zeitweise sogar dessen Vorsitzender.⁴⁵ Über den Presseverein versuchte die Parteiführung die Beziehung zur Presse dadurch zu intensivieren, dass sie seinen Mitgliedern gezielt und vorzugsweise Informationen aus der Partei zukommen ließ. Daran, dass der Presseverein

⁴⁰ Bereits 1930 gab die Kölnische Zeitung diesen Linkskurs wieder auf. Vgl. Thomas Hessel, Vom Stresemann-Blatt zum Fürsprecher Hitlers. Die Kölnische Zeitung in der Weimarer Republik, in: Geschichte in Köln 52 (2005), S. 183–206, hier S. 194 f.; 199. Hassmüller wurde 1923 Nachfolger des Chefredakteurs Ernst Posse, der seit 1902 die Linie des Blattes geprägt hatte. 1931 wurde Hans Wilhelm Pinkow zum neuen Chefredakteur ernannt. Siehe auch Pohl (wie Anm. 22), S. 58; 98 f.; 128.

⁴¹ Hessel (wie Anm. 40), S. 195. Siehe den Beitrag Müllers in Kölnische Zeitung, Nr. 1 vom 1. Januar 1930.

⁴² Kölnische Zeitung, Nr. 277b, 20. Mai 1928: „Wir wählen die Partei Stresemanns!“. Kölnische Zeitung, Nr. 503, 14. September 1930: „Wählt Deutsche Volkspartei oder Deutsche Staatspartei!“. Kölnische Zeitung, Nr. 411 vom 31.7.1932: „Für die Parteien der bürgerlichen Rechten!“ Vgl. Hessel (wie Anm. 40), S. 197 und Pohl (wie Anm. 22), S. 155 f.

⁴³ Hessel (wie Anm. 40), S. 197. Pohl (wie Anm. 22), S. 162.

⁴⁴ Romeyk (wie Anm. 8), S. 227; BArch Berlin, R 45 II. Vgl. die Äußerungen DuMonts in: BArch Koblenz, N 1002/45: Schreiben von DuMont an Dingeldey vom 12. August 1931.

⁴⁵ BArch Koblenz, N 1002/45: Schreiben von DuMont an Dingeldey vom 12. August 1931.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

direkt dem Parteivorstand zugeordnet war, zeigte sich auch die Bedeutung, die der Presse innerhalb der DVP beigemessen wurde.⁴⁶

Um das „parteinahe“ Verhältnis auch zu anderen Zeitungen zu pflegen und dadurch eine Berücksichtigung ihrer Aktivitäten und aktueller Themen im Bereich der Kommunalpolitik in der Berichterstattung sicherzustellen, verfolgte die Partei eine aktive Pressearbeit. Sie unterhielt mit der Nationalliberalen Correspondenz einen eigenen Pressedienst, der die Zeitungen mit Meldungen zur volksparteilichen Politik versorgte. Die Nationalliberale Correspondenz befand sich seit Ende der 1880er Jahre im Besitz der Nationalliberalen Partei und wurde von der DVP fortgeführt; sie erschien während der gesamten Weimarer Republik.⁴⁷ Die Költnische Zeitung verwies in ihren Artikeln sogar offen darauf, dass sie auf Meldungen der Nationalliberalen Correspondenz zurückgriff und diese im Wortlaut abdruckte.⁴⁸ Zusätzlich waren die Ortsgruppen und Wahlkreisverbände der DVP angehalten, gute Kontakte zur Presse zu halten. So findet sich etwa 1928 in den Organisationsbriefen der Parteileitung die Anweisung an die Ortsgruppen, dass diese die Presse mit Berichten über eigene Veranstaltungen versorgen sollten. Die Wahlkreise ihrerseits waren dafür zuständig, von einer Zentralstelle aus bestimmte Zeitungen immer wieder mit Artikeln über die Tätigkeit ihres Abgeordneten zu beliefern sowie politische Stellungnahmen zu veröffentlichen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass sich Auszüge aus der Nationalliberalen Correspondenz oder den Fachblättern der Ausschüsse für Mittelstand, Landwirtschaft, Beamte oder Angestellte ebenso zum Abdruck in der kommunalen Presse eignen würden.⁴⁹ Wichtig sei vor allem, so der Organisationsbrief Nr. 2 vom 31. Mai 1927, dass der Kontakt zu den Zeitungen möglichst eng gestaltet werde. Dazu könne es

⁴⁶ Böttger (wie Anm. 1), S. 321. Als Aufgaben des Pressevereins nannte Böttger die „Wahrnehmung der Rechte der auf dem Boden der Volkspartei stehenden Zeitungen, ihrer Verleger und Schriftleiter“, die Verbesserung des Informationsflusses zwischen Presse und Partei sowie die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Zu diesem Zweck wäre der Presseverein auch im Zentralvorstand der DVP vertreten. Der Presseverein war bereits in der Satzung der DVP vom 1921 als § 7 verankert. Dieser ist auch die bei Böttger wiedergegebene Formulierung entnommen. BArch Berlin, R 45 II/62: Satzung der Deutschen Volkspartei. Zweite Fassung, beschlossen auf dem 4. Parteitag am 2. Dezember 1921 in Stuttgart mit den vom 6. Parteitag in Dortmund am 14. November 1924 beschlossenen Änderungen.

⁴⁷ Dussel (wie Anm. 13), S. 95. 1919 erschien der 46., 1933 der 60. Jahrgang der Nationalliberalen Correspondenz.

⁴⁸ Siehe beispielsweise bei dem Bericht über die Wahl Scholz' zum Parteivorsitzenden der DVP in: Kölnische Zeitung, Nr. 685, 15. September 1929 oder zur Gründung der Deutschen Staatspartei in: Kölnische Zeitung, Nr. 409, 29. Juli 1930.

⁴⁹ Siehe dazu die in BArch Berlin, R 45 II/226 aufgeführten Fachblätter.

auch nützlich sein, den Verleger oder Redakteur der Zeitung in den Vorstand der Ortsgruppe zu wählen.⁵⁰

Die Kommunalpolitik der DVP in der Kölnischen Zeitung

Besonders für die regionale Zusammenarbeit der DVP-Kommunalpolitiker in den Kommunalpolitischen Vereinigungen, zu denen sich die kommunalpolitischen Ausschüsse einzelner Wahlkreise zusammenschlossen, spielte die Berichterstattung der Kölnischen Zeitung eine wichtige Rolle. Da deren Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen der Stadt hinaus reichte, widmete sie sich in ihrer Berichterstattung neben der Kölner Stadtpolitik auch den kommunalpolitischen Aktivitäten in der Rheinprovinz. Die Zusammenkünfte von DVP-Ortsgruppen wurden dabei ebenso berücksichtigt wie die Veranstaltungen der Kommunalpolitischen Vereinigungen der rheinischen Wahlkreise.⁵¹ In ihrer Morgenausgabe vom 15. Oktober 1928 berichtete die Kölnische Zeitung etwa von einer Tagung der DVP des Wahlkreises Koblenz-Trier, bei der der zweite Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz, Fritz David von Hanseemann, über „kommunalpolitische Fragen“ sprach.⁵² Er forderte in seinem Vortrag „vor allem in finanzieller Hinsicht wieder größere Verantwortung“ für die Gemeinden, einen Übergang der Kommunalaufsicht von den Ländern auf das Reich sowie die Schaffung einer entsprechenden Reichsstädte- und Gemeindeordnung.⁵³ Des Weiteren äußerte sich von Hanseemann zur anstehenden kommunalen Neugliederung des rheinisch-westfälischen Ruhrgebiets und zu den vielfältigen „sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden“.⁵⁴

Besondere Beachtung durch die Berichterstattung der Kölnischen Zeitung erfuhren Veranstaltungen einzelner Ortsgruppen der DVP, wenn dabei prominente Gäste als Redner auftraten. So sprachen beispielsweise bei einem Vortragsabend der Kölner Ortsgruppe am 31. Mai 1927, über den die Kölnische Zeitung

⁵⁰ BAArch Berlin, R 45 II/224: Organisationsbrief Nr. 2 vom 31. Mai 1927.

⁵¹ Siehe dazu u. a. der Vortragsabend der Düsseldorfer DVP zur kommunalen Energieversorgungspolitik in: Kölnische Zeitung, Nr. 111, 25. Februar 1931. Oder die Entschließung, die im Anschluss an einen Vortrag des Neusser Beigeordneten Dr. von Hanseemann in der Vereinigung des Wahlkreises Düsseldorf-West gefasst wurde, in: Kölnische Zeitung, Nr. 47, 19. Januar 1926.

⁵² Kölnische Zeitung, Nr. 568b, 15. Oktober 1928.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Ebd.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

berichtete, der Parteivorsitzende Scholz und der Kölner Reichstagsabgeordnete Moldenhauer.⁵⁵

Die Kölnische Zeitung berücksichtigte bei ihrer Berichterstattung aber auch Parteiveranstaltungen, die nicht in der Rheinprovinz stattfanden wie etwa die Reichskulturtagung.⁵⁶ Sie vermittelte hierdurch einen Überblick über die Vielfalt der Parteiarbeit. Besondere Beachtung schenkte sie aber den lokalen und regionalen Aktivitäten. Damit berichtete sie über Themen, von denen die Leserschaft direkt betroffen war und die sie deshalb auch am meisten interessierten. Anhand der ausführlichen Berichterstattung der Kölnischen Zeitung lässt sich aus heutiger Sicht insbesondere die Entwicklung der kommunalpolitischen Arbeit der Deutschen Volkspartei in der Rheinprovinz nachvollziehen.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz

Am 9. Januar 1926 berichtete die Kölnische Zeitung in ihrer Morgenausgabe über die Gründung einer „Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz“.⁵⁷ Zu dieser hatten sich die im Vorjahr entstandenen kommunalpolitischen Vereinigungen der vier rheinischen Wahlkreise (Düsseldorf-Ost, Düsseldorf-West, Köln-Aachen und Koblenz-Trier) zusammengeschlossen. Diese neu gegründete Vereinigung sollte „eine Vertiefung und Vereinheitlichung volksparteilicher Kommunalpolitik“ herbeiführen.⁵⁸ Sie sollte dazu beitragen, die Kommunalpolitiker aus den Reihen der DVP zu vernetzen und zu einer Abstimmung und Vereinheitlichung der in den Stadtverordnetenversammlungen vertretenen Positionen führen, um so ein deutlicheres Profil der DVP in der Kommunalpolitik und damit bessere Wahlergebnisse zu erreichen. Für die Vereinigung richtete man eine Geschäftsstelle mit Sitz in Duisburg ein und wählte mit dem Reichstagsabgeordneten und zweiten Vorsitzenden der DVP des Wahlkreises Düsseldorf-West, Otto Most, einen ausgewiesenen kommunalpolitischen Fachmann zum ersten Vorsitzenden.⁵⁹

⁵⁵ Kölnische Zeitung, Nr. 401, 1. Juni 1927.

⁵⁶ Kölnische Zeitung, Nr. 78, 9. Februar 1931.

⁵⁷ Kölnische Zeitung, Nr. 21, 9. Januar 1926.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Siehe die Kurzbiografie Otto Mosts (1881–1971) im Findbuch des Archivs der Stadt Duisburg zum Bestand 46–11, Nachlass Otto Most. Nach einigen Jahren als Beigeordneter in Düsseldorf war Most von 1916 bis 1920 Bürger- bzw. Oberbürgermeister in Sterkrade. Von 1920 bis 1944 war er Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer in Duisburg. Den Posten des ersten Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung hatte er bis zu deren Auflösung 1932 inne.

In der Folgezeit erfuhr die kommunalpolitische Arbeit der Vereinigung besondere Beachtung in der Berichterstattung der Kölnischen Zeitung; so auch die von ihr veranstalteten großen Tagungen in Bad Godesberg. Bei den zwischen 1926 und 1931 jährlich veranstalteten Godesberger Tagungen standen aktuelle kommunalpolitische Themen auf der Tagesordnung. Die dort gehaltenen Vorträge schienen geeignet, „auch dem ältesten kommunalen Fachmann Anregungen zu geben“ – so die Einschätzung der Kölnischen Zeitung.⁶⁰ Sie sprach in ihrem Bericht über die erste Tagung am 30. Mai 1926 sogar davon, dass die Tagung „die Hoffnung berechtigt erscheinen [lasse], daß aus diesem Kreis dem kommunalen Leben wie dem ganzen staatspolitischen Denken eine reiche Befruchtung kommen wird“.⁶¹ Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz, Otto Most, betonte in seiner Eröffnungsansprache, dass sich die Vereinigung der nötigen Selbstverantwortung in der Selbstverwaltung stellen werde und sich vorgenommen habe, „das gesamte Denken sachlicher zu gestalten“.⁶² Prägend für die volksparteiliche Kommunalpolitik und somit auch Grundlage für die Arbeit der Kommunalpolitischen Vereinigung sei der Anspruch, „sachlich [...] das Richtige zu tun“, „ohne Rücksicht auf Parteivorteile“ auch am republikanischen deutschen Staat mitzuarbeiten und sich „bei Wertschätzung aller technischen und wirtschaftlichen Fortschritte“ auf eine „ohne Ansehen von Partei, Stand oder Konfession“ beruhende Achtung des einzelnen Menschen zurückzubesinnen.⁶³ Es komme in den Gemeinden genauso wie im Staat darauf an, so Most, dass „verantwortungsbewußte Persönlichkeiten“ an der Spitze stünden, die verstanden haben, dass kommunale Selbstverwaltung nur in „Selbstzucht“ und als „Glied des Ganzen“ funktioniere.⁶⁴ Wirtschaft und Gemeinde seien aufeinander angewiesen und keine Gegensätze. Als Stütze des Staates und auch der Kommunen schätze und schütze die Deutsche Volkspartei zudem das Berufsbeamtentum. Außerdem wolle sie trotz „aller gebotenen Sparsamkeit“ keine Vernachlässigung der Sozial- und Kulturpolitik.⁶⁵ Thematisch beschäftigte sich die erste Godesberger Tagung mit der neuen preußischen Städteordnung, die 1926 im Landtag beraten wurde. Der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres (DVP) brachte in seinem Vortrag einige persönliche Einwände gegen den Entwurf dieser neuen Städteordnung vor, die ausführlich im Bericht der Kölnischen Zeitung wiedergegeben wurden. Ebenso wurde über den Vortrag des Reichstagsabgeordneten

⁶⁰ Kölnische Zeitung, Nr. 397, 31. Mai 1926.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ So der Wortlaut im Bericht in: Kommunale Umschau, 2 (1926), S. 229 f. Vgl. auch Kölnische Zeitung, Nr. 397, 31. Mai 1926.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

Beythien zur kommunalen Mittelstandspolitik berichtet. Beythien betonte, dass die „Blüte der Gemeinden“ wesentlich von einem „lebenskräftigen gewerblichen Mittelstand“ abhängen und dieser entsprechend gefördert werden müsse.⁶⁶ Der ausführliche Bericht über die Veranstaltung, der sich über eineinhalb Spalten auf der ersten Seite mit Fortsetzung auf der zweiten erstreckte, stellte die erste Godesberger Tagung als sehr gelungen und ergiebig dar.

Die Godesberger Tagungen entwickelten sich rasch zu festen Institutionen über die Parteigrenzen hinaus. Ihre Bedeutung ist nicht nur an der ausführlichen Berichterstattung in der Kölnischen Zeitung und der parteieigenen „Kommunalen Umschau“ abzulesen,⁶⁷ sondern auch an den vielen namhaften Gästen aus der Politik, die nicht der DVP angehörten. Als Gäste konnten vor allem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände begrüßt werden. Auf der Tagung 1927 waren etwa Oskar Mulert vom Deutschen Städtetag und Gotthold Haekel vom Reichsstädtebund anwesend.⁶⁸ Bei den Tagungen, die über zwei Tage gingen, wobei aber nur der zweite Tag öffentlichen Charakter hatte, gab es je zwei bis drei Vorträge, an die sich eine Diskussion anschloss, und einen geselligen Teil mit gemeinsamem Mittagessen und Ausflug. In den Vorträgen kamen stets Fachleute zu Wort; die Rednerliste reichte von Stadtverordneten, Oberbürgermeistern, Landräten, Mitgliedern der Landtage und des Reichstags, über den Präsidenten des Deutschen Städtetags sowie Parteifunktionären, bis hin zum Leiter der Kommunalabteilung im preußischen Innenministerium und dem Reichsfinanzminister.

Mit ihrer detaillierten Berichterstattung über die Tagungen und die dort gehaltenen Vorträge ermöglichte die Kölnische Zeitung ihren Lesern nicht nur einen Einblick in die kommunalpolitische Arbeit der DVP, sondern vermittelte zugleich einen Eindruck davon, welche Themen in der Kommunalpolitik gerade aktuell und drängend waren. Über diese Berichterstattung wurde das Interesse und das Verständnis für kommunalpolitische Themen und Probleme gefördert und die Kölnische Zeitung leistete damit einen Beitrag zum Ziel der Vereinigung, „in immer weiteren Kreisen Interesse für die Kommunalpolitik zu erwecken“ und diese „mit den wichtigsten Gegenwartsfragen der Kommunalpolitik bekannt zu machen“.⁶⁹ Zudem strebte die Vereinigung – wie in ihrer Satzung als Ziel formuliert – eine „trotz aller örtlichen Verschiedenheiten von nationalen Gesichtspunkten ausgehende zielsichere Behandlung der kommunalen Angelegenheiten“ an.⁷⁰

⁶⁶ Kölnische Zeitung, Nr. 397, 31. Mai 1926.

⁶⁷ Das kommunalpolitische Periodikum der DVP, die Kommunale Umschau, erschien von 1925 bis 1932.

⁶⁸ Kommunale Umschau, 3 (1927), S. 219.

⁶⁹ So formuliert in: Kölnische Zeitung, Nr. 561, 13. Oktober 1930.

⁷⁰ Satzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz, § 3. Abgedruckt in: Otto Most, Gemeindepolitik und Deutsche Volkspartei, Berlin 1928, S. 6.

In ihrem Bericht über die Tagung vom 15. Mai 1927 hob die Kölnische Zeitung hervor, dass es ein Verdienst der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz und ihres Vorsitzenden sei, dass sie nicht nur das Schlagwort Selbstverwaltung bemühe, sondern sich in Anbetracht der aktuellen Lage konkret mit der Selbstverwaltung beschäftige, um ihr wieder „stärkere praktische Geltung“ zu verschaffen.⁷¹ Aus dem Vortrag des Vorsitzenden, Otto Most, zum Thema „Kommunale Steuer- und Finanzreform“ gab die Kölnische Zeitung weite Strecken im Wortlaut wieder. Eine erweiterte Ausarbeitung dieses Vortrags wurde ein Jahr später in der Kölnischen Zeitung unter dem Titel „Kommunalsteuern und Reichsfinanzreform“ abgedruckt.⁷² Most führte aus, dass neben den vom Staat übertragenen Aufgaben auch der „freiwillige Betätigungsdrang“ der Gemeinden eingeschränkt werden müsse, weil die finanziellen Mittel zur Deckung der entstehenden Kosten nicht aufzubringen seien.⁷³ Er war der Meinung, dass das Verantwortungsgefühl in den Gemeinden wieder steigen würde, wenn Bewilligung und Zahlung von derselben Stelle vorgenommen würden. Er begrüßte zudem Pläne einer Verwaltungsreform, die auch vor einer Änderung der bestehenden Steuergesetze und Finanzausgleichsregelungen nicht zurückschrecken dürften. Eine Wiedereinführung eines Zuschlagsrechts der Gemeinden zur Einkommenssteuer würde er gutheißen, wünschte sich aber zugleich die Möglichkeit der Besteuerung der Bevölkerungsteile, die von der Einkommenssteuer befreit seien, da er sich hiervon einen „erzieherischen Wert“ für die Stärkung des Selbstverantwortungsgefühls und der Selbstbeschränkung in den Gemeinden verspreche.⁷⁴

Mit einem Abdruck eines entsprechenden Berichts auf der ersten Seite unterstützte die Kölnische Zeitung auch die von der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz 1928 ausgearbeiteten und auf ihrer Godesberger Tagung desselben Jahres präsentierten „Richtlinien für die Arbeit der Deutschen Volkspartei in den Gemeinden der Rheinprovinz“ und „Leitsätze für die Kommunalwahlen“.⁷⁵ Die Kölnische Zeitung sprach von einem „umfangreiche[n] Kommunalprogramm“, das die „für die kommunalpolitische Arbeit der Deutschen Volkspartei ton- und richtungsgebende“ Vereinigung vorgelegt habe.⁷⁶ Von diesen achtzehn Punkte umfassenden Richtlinien stellte die Redaktion der Kölnischen Zeitung die ihr besonders wichtig erscheinenden Passagen im Wortlaut

⁷¹ Kölnische Zeitung, Nr. 360, 16. Mai 1927.

⁷² Kölnische Zeitung, Nr. 360, 16. Mai 1927. Kölnische Zeitung, Nr. 329b, 17. Juni 1928.

⁷³ Kölnische Zeitung, Nr. 360, 16. Mai 1927.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Kölnische Zeitung, Nr. 330b, 18. Juni 1928.

⁷⁶ Ebd.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

vor.⁷⁷ Sie gab unter anderem den ersten Punkt der Richtlinien wieder, der sich mit der Selbstverwaltung beschäftigte und diese als Bereich eigenverantwortlichen Handelns und entsprechender „Entschlußfreiheit ihrer Träger“ mit einem beschränkten Aufsichtsrecht des Staates verstanden wissen wollte, zugleich aber davor warnte, „die Kommune [als] Staat im Staat“ zu verstehen.⁷⁸ Die Richtlinien reichten von Themen der kommunalen Selbstverwaltung, des Finanzausgleichs und der Gestaltung der kommunalen Grenzen über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden bis hin zu einzelnen kommunalpolitischen Betätigungsbereichen wie der Wohlfahrtspflege, der Wohnungspolitik sowie dem Bildungswesen. Mit den „Richtlinien volksparteilicher Kommunalpolitik in der Rheinprovinz“ wollte die Kommunalpolitische Vereinigung „die richtige Mitte [...] halten zwischen dem, was um der parteipolitischen Gesamtwirkung willen einheitlich sein muß und dem, was um der örtlichen Besonderheit willen verschieden sein darf“.⁷⁹ Der Vorsitzende der Vereinigung, Otto Most, äußerte den Wunsch, dass die Richtlinien, obwohl sie für die Verhältnisse in der Rheinprovinz erarbeitet wurden, zu „eine[r] nicht ganz unwesentliche[n] Förderung der Gesamtpartei“ führen würden, da ein großer Teil von ihnen auch für andere Gebiete im Reich zutreffend und anwendbar sei.⁸⁰ Mit diesen Richtlinien schuf die Vereinigung einheitliche Grundsätze für die volksparteiliche Gemeindearbeit, die in der Gesamtpartei Beachtung und Nachahmung erfuhren.⁸¹ Die ebenfalls aufgestellten Leitsätze für die Kommunalwahlen sollten sicherstellen, dass diese „in den Rahmen der Gesamtpolitik der Deutschen Volkspartei“ gestellt und die oben angesprochen Richtlinien auch entsprechend berücksichtigt würden.⁸²

Neben der Präsentation der Richtlinien und Leitsätze sprach 1928 bei der dritten Godesberger Tagung der Präsident des Deutschen Städtetags, Oskar Mulert, über „Verfassungsreform und Selbstverwaltung“.⁸³ Er ging in seinem Vortrag auch auf die vom Deutschen Städtetag geforderte Einrichtung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern sowie eines kommunalpolitischen Ausschusses im Reichstag ein.⁸⁴ 1929 wurden auf der Godesberger Tagung die

⁷⁷ Siehe den vollständigen Abdruck der „Richtlinien für die Arbeit der Deutschen Volkspartei in den Gemeinden der Rheinprovinz“ und der „Leitsätze für die Kommunalwahlen“ in: *Kommunale Umschau*, 4 (1928), S. 383–387.

⁷⁸ *Kölnische Zeitung*, Nr. 330b, 18. Juni 1928.

⁷⁹ *Kommunale Umschau*, 4 (1928), S. 374.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ So wurden sie etwa in der Publikation der Reichsgeschäftsstelle der DVP aufgenommen: Gustav Wittig (Hg.), *Kommunalpolitik und Deutsche Volkspartei*, Berlin 1929.

⁸² *Kölnische Zeitung*, Nr. 330b, 18. Juni 1928.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Zum Deutschen Städtetag und seiner Politik siehe in erster Linie die Veröffentlichungen desselben unter anderem zu seinen Jahresversammlungen und die Ausführungen bei Otto Ziebill,

kommunale Schulpolitik, die ungleiche steuerliche Behandlung von öffentlichen und privaten Betrieben sowie die Selbstverwaltung der Landkreise und der Stand der Eingemeindungspolitik diskutiert.⁸⁵ Gerade das letztgenannte Thema bewegte die Gemüter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, da dieses maßgeblich von den 1929 im Preußischen Landtag beschlossenen kommunalen Neugliederungsmaßnahmen betroffen war.⁸⁶ Des Weiteren beschäftigte sich die Kommunalpolitische Vereinigung 1930 mit den Themen „Finanzreform und die Gemeinden“ sowie „die junge Generation und die Kommunalpolitik“.⁸⁷ Für den ersten Vortrag hatte man den aus Köln stammenden Reichsfinanzminister Moldenhauer, für das zweite Thema den Kölner Stadtverordneten Regh gewinnen können. Auf der sechsten Godesberger Tagung im Juni 1931 sprach der Kommunalreferent des preußischen Innenministeriums, Victor von Leyden, über „Selbstverwaltung und Staat“ und der Vorsitzende des kommunalpolitischen Reichsausschusses der DVP, Eugen Leidig, über „die DVP und die Kommunalpolitik des letzten Jahres“.⁸⁸ Die Kölnische Zeitung berichtete in ihrer Morgenausgabe vom 15. Juni 1931 ausführlich über die Vorträge.⁸⁹ Von Leyden ging in seinem Referat von der Grundannahme aus, dass „die Autonomie der Selbstverwaltung von der Staatsautorität abgeleitet sei, und daß diese als Kontrollorgan die Verantwortung dafür habe, daß die Selbstverwaltung auch funktioniere“.⁹⁰ Er stellte die Entwicklung dar, die dazu geführt habe, dass inzwischen die Aufgaben der Selbstverwaltung und des Staates nicht mehr deutlich voneinander zu trennen seien und forderte „eine schärfere Herausstellung der Abgrenzung der Verantwortung und die Schaffung der dafür nötigen Voraussetzungen“.⁹¹ Seine Auffassung von Selbstverwaltung drückte von Leyden so aus: „Die Selbstverwaltung sei kein schrankenloses Privileg, sondern

Geschichte des Deutschen Städtetages. Fünfzig Jahre deutsche Kommunalpolitik, Stuttgart 1955; Wolfgang Hofmann, Städtetag und Verfassungsordnung. Position und Politik der Hauptgeschäftsführer eines kommunalen Spitzenverbandes, Stuttgart 1996 und Hermann Beckstein, Städtische Interessenpolitik. Organisation und Politik der Städtetage in Bayern, Preußen und im Deutschen Reich 1896–1923, Düsseldorf 1991.

⁸⁵ Kölnische Zeitung, Nr. 339b, 24. Juni 1929.

⁸⁶ Siehe dazu auch die Berichterstattung der Kölnischen Zeitung zu einem Vorstoß einiger Oberbürgermeister des Industriegebiets beim preußischen Innenminister. Ihnen gingen die vom Innenministerium erarbeiteten Vorschläge nicht weit genug. In: Kölnische Zeitung, Nr. 652b, 27. November 1928. Vgl. auch Hein Hoebink, Mehr Raum – mehr Macht. Preußische Kommunalpolitik und Raumplanung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1900–1933, Essen 1989.

⁸⁷ Kommunale Umschau, 6 (1930), S. 248–249. Siehe auch die mit der Einladung verschickte Tagesordnung, z. B. in: Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 142–03, 223.

⁸⁸ Kölnische Zeitung, Nr. 318, 15. Juni 1931.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Kommunale Umschau, 7 (1931), S. 258.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

Arbeit im Staat und für den Staat.⁹² Leidig dagegen stellte seinen Vortrag unter die Prämisse, dass „die Selbstverwaltung gleichzeitig mit dem Staate da war, und daß nicht der Staat die Selbstverwaltung geschaffen habe“.⁹³ Von dieser Auffassung ausgehend kritisierte er das „energische und tiefe Eingreifen des Reiches in die Kommunalpolitik“, wie es durch die Notverordnungen geschehen sei.⁹⁴ In der Aussprache, die bei den Tagungen regelmäßig im Anschluss an die Referate stattfand, wurde an den Notverordnungen der Reichsregierung scharfe Kritik geäußert und mit Nachdruck auf die überaus angespannte finanzielle Lage der Gemeinden hingewiesen.⁹⁵ Die für 1932 angekündigte Godesberger Tagung musste aus parteiinternen Gründen kurzfristig abgesagt werden. Auf der Tagesordnung, die bereits mit den Einladungen verschickt worden war, waren Vorträge von Otto Most zum „Ende der Selbstverwaltung“ und des Berliner Verbandssekretärs Bartsch zu „Kommunalbeamtenproblemen im Rahmen der Entwicklung der Selbstverwaltung in der neuesten Zeit“ vorgesehen.⁹⁶

Zusätzlich zu den Godesberger Tagungen veranstaltete die Kommunalpolitische Vereinigung im Herbst und Winter 1930/31 so genannte Arbeitstagungen in Köln. Mit diesen Arbeitstagungen reagierte sie auf die durch die Weltwirtschaftskrise und die Notverordnungen der Reichsregierung zunehmenden Belastungen der kommunalen Selbstverwaltung. Bei diesen Tagungen beschäftigten sich die Kommunalvertreter mit aktuellen und drängenden Einzelfragen der Kommunalpolitik. So wurden etwa die Aufstellung des Haushaltplanes für das Jahr 1931, die Elektrizitäts- und Ferngasversorgung und die Auswirkungen der von der Reichsregierung verabschiedeten Notverordnungen behandelt. Die intensivere Beschäftigung mit diesen Themen sollte den Gemeinden in der schwierigen Situation der Wirtschaftskrise verstärkt Hilfestellung anbieten. Mit den Arbeitstagungen, die im Gegensatz zu den Godesberger Tagungen nicht nach außen, sondern nach innen wirken sollten, sollte „den Mitgliedern Material und Anregung für das tägliche Wirken gegeben werden, um aus gegenseitiger Aussprache die einheitliche Linie für die Tätigkeit in Rathäusern und Kreistagen zu finden“.⁹⁷ Die Kölnische

⁹² Ebd., S. 258 f.

⁹³ Kölnische Zeitung, Nr. 318, 15. Juni 1931.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Siehe die Einladung zur Tagung am 12. Juni 1932 mit Tagesordnung in: BArch Berlin, R 45 II/157 und auch in LAB, B Rep. 142–01, St B 1510. Die Absage in der Nationalliberalen Correspondenz, Nr. 110, 10. Juni 1932. Vgl. auch Romeyk (wie Anm. 8), S. 205.

⁹⁷ Kommunale Umschau, 4 (1928), S. 374.

Zeitung berichtete auch über diese Tagungen, allerdings ihrem Charakter als interne Arbeitstagung entsprechend erst auf der zweiten Seite.⁹⁸

Durch die ausführliche Berichterstattung über die Aktivitäten der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz sorgte die Kölnische Zeitung für eine breite Aufmerksamkeit und Beachtung der kommunalpolitischen Arbeit der rheinischen Vereinigung. Sie machte sie damit auch über die Grenzen der Rheinprovinz hinaus bekannt. Neben den kommunalpolitischen Tagungen stießen die von der Vereinigung entwickelten Richtlinien für die volksparteiliche Kommunalpolitik in der Gesamtpartei auf starke Resonanz. Die Kommunalpolitische Vereinigung konnte so wichtige Impulse in der Kommunalpolitik der Deutschen Volkspartei setzen.

Auch die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz war sich bewusst, dass eine aktive Pressearbeit nötig ist, um über eigene Standpunkte und Aktivitäten zu informieren und entsprechende Unterstützung zu erhalten. Daher sorgte sie zum einen dafür, dass über ihre Veranstaltungen in den Tageszeitungen und den parteieigenen Periodika berichtet wurde. An die Presse ergingen zum Beispiel gesonderte Einladungen zu den Godesberger Tagungen.⁹⁹ Zum anderen wurden aber auch einzelne Kommunalpolitiker, die in der Vereinigung engagiert waren, selbst aktiv und verfassten Beiträge, die dann in der parteinahen Presse abgedruckt wurden. Die Kölnische Zeitung räumte diesen Beiträgen einzelner DVP-Kommunalpolitiker wie etwa denen von Otto Most und Fritz David von Hansemann Raum ein; so druckte sie in ihrer Ausgabe vom 17. Juni 1928 „eine kritische Betrachtung“ Mosts zum Thema „Kommunalsteuern und Reichsfinanzreform“ und am 22. Juni 1929 einen Beitrag von Hansemanns zur „Krise der Selbstverwaltung“ ab.¹⁰⁰ Dem Artikel Mosts war durch den Abdruck auf zwei Spalten der ersten Seite der zweiten Sonntagsausgabe in mehrfacher Weise besondere Beachtung garantiert: Zum einen fiel der Artikel dadurch ins Auge, dass er die Hälfte der ersten Seite einnahm, zum anderen sicherte ihm die Tatsache, dass er in einer Sonntagsausgabe der Zeitung erschien, eine breitere Leserschaft als sie ein vergleichbarer Artikel an einem Werktag erreicht hätte. Ebenfalls an einem Sonntag, dem 7. Oktober 1928, wurde ein Artikel des Reichstagsabgeordneten

⁹⁸ Kölnische Zeitung, Nr. 561, 13. Oktober 1930. Zu den weiteren Arbeitstagungen: Kölnische Zeitung, Nr. 669, 8. Dezember 1930 und Nr. 148, 16. März 1931.

⁹⁹ BArch Berlin, R 45 II/155: Schreiben des Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz, Most, an die Schriftleitung der Kommunalen Umschau aus dem Mai 1931. Oder auch BArch Berlin, R 45 II/157: Einladungsschreiben Mosts an Schriftleitung der Nationalliberalen Correspondenz aus dem Mai 1932 zur Godesberger Tagung am 12. Juni 1932.

¹⁰⁰ Kölnische Zeitung, Nr. 329b, 17. Juni 1928 und Nr. 336b, 22. Juni 1929.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

Cremer zu den „Gegenwartsaufgaben des Liberalismus“ auf der Titelseite der Kölnischen Zeitung abgedruckt.¹⁰¹

Die Kölnische Zeitung verhalf der kommunalpolitischen Arbeit der Vereinigung und damit der Partei insgesamt für die nötige Resonanz in der Öffentlichkeit. Sie sorgte durch ihre Berichterstattung dafür, dass sowohl Interesse als auch Verständnis für die Fragen und Probleme der Kommunalpolitik bei ihrer Leserschaft geweckt wurden. Durch den Abdruck von Beiträgen einzelner Kommunalpolitiker trug die Kölnische Zeitung außerdem zur kommunalpolitischen Profilschärfung der DVP und ihrer Organisationen bei. Ähnliche Bedeutung wie die Kölnische Zeitung für die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz erlangte die Dortmunder Zeitung für die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Westfalen.

Die Kölnische Zeitung als Austragungsort der Diskussion
um den Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung

Die 1929 vom Präsidenten des Deutschen Städtetags gelobte Bereitschaft der Zeitungen, „ihre Spalten immer weiter sowohl dem Streit der Meinungen über die aktuellen Tagesfragen der kommunalen Verwaltung wie auch den großen Problemen der Kommunalpolitik [zu] öffnen und auch ihrerseits kritisch dazu Stellung [zu] nehmen“,¹⁰² kann auch bei der Kölnischen Zeitung beobachtet werden. Nachdem Anfang Oktober 1932 ein Aufsatz von Otto Most zur „Finanzlage der Ruhrgebietsstädte“ in der Kölnischen Zeitung besprochen worden war, wurde an gleicher Stelle einige Tage später eine Zuschrift abgedruckt, die sich nochmals mit der Situation im Ruhrgebiet befasste.¹⁰³ Sie enthielt den Vorschlag, dass die Bemessung der Unterstützungssätze der Reichshilfe anhand des Familienstandes der Bedürftigen erfolgen sollte, um so dem Umstand der hohen Zahl an Fürsorgeempfängern und der dadurch entstehenden finanziellen Belastung der Kommunen im Ruhrgebiet eher gerecht werden zu können. Die Kölnische Zeitung gab also auch der Diskussion um Lösungsansätze zur Situation der gemeindlichen Haushalte Raum. Zusätzlich bot die Kölnische Zeitung eine Plattform für die gegen Ende der Weimarer Republik wieder verstärkt geführte Diskussion um den Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung.

Diese Diskussion wurde im Laufe der Weimarer Republik zunehmend zu einer Konfrontation von Demokratie und Selbstverwaltung sowie zu einer Auseinan-

¹⁰¹ Kölnische Zeitung, Nr. 553b, 7. Oktober 1928.

¹⁰² Deutscher Städtetag (wie Anm. 6), S. 23.

¹⁰³ Kölnische Zeitung, Nr. 544, 4. Oktober und Nr. 559, 12. Oktober 1932.

dersetzung um Zentralismus und Dezentralisation.¹⁰⁴ Der Staatsrechtler Arnold Köttgen stellte 1931 fest, dass die Annahme der „grundsätzlichen Gegensätzlichkeit einer demokratischen Staatsverfassung gegenüber einer jeden Selbstverwaltung“ immer mehr Anhänger finde.¹⁰⁵ Dies wird auch in der Beitragsreihe der Kölnischen Zeitung zu „Zentralismus und Selbstverwaltung“ aus dem Jahre 1931 deutlich, in der unter anderem Staatssekretär Johannes Popitz, der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer und der Osnabrücker Oberbürgermeister Erich Gärtner zu Wort kamen.¹⁰⁶ Popitz, der Vorschläge zu einer Verwaltungsreform ausarbeitete und 1932 ein viel beachtetes Gutachten zum Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vorlegte, analysierte in seinem Zeitungsartikel die Begriffe Zentralismus und Selbstverwaltung.¹⁰⁷ Er verwies darauf, dass zwischen ihrer Verwendung im Sinne der Verwaltungsebene und ihrer politischen Bedeutung unterschieden werden müsse, was jedoch in der Diskussion vielfach nicht geschehe. Für Popitz ging es nicht um die Frage Zentralismus oder Selbstverwaltung, sondern um die Frage einer Aufgabenabgrenzung zwischen beiden Bereichen. Er hielt eine dynamische Lösung für notwendig, damit der Staat – wenn situationsbedingt notwendig – auch auf Bereiche der Selbstverwaltung zugreifen könnte. Die bestehende Reichsverfassung mit ihrem verwaltungsmäßigen Aufbau des Staates war seiner Meinung nach ursächlich für die Missstände in den Gemeinden. Popitz sprach sich für eine Verwaltungsreform aus, die eine direkte Verbindung schaffen sollte zwischen „einer zentralen Regierung einerseits, die aus dem Überblick über das Ganze der Staatsaufgaben und ihrer Verflechtung mit Wirtschaft und Politik heraus zu handeln vermag“, und der „Lokalverwaltung andererseits, die verbandsmäßig einen Teil der öffentlichen Aufgaben verantwortet und ihr finanzielles Ausmaß bestimmt“.¹⁰⁸

Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer vertrat in seinem Beitrag zu „Zentralismus und Selbstverwaltung“ die Auffassung, dass die kommunale Selbstverwaltung nur noch auf dem Papier existiere, da wesentliche Eigenschaften wie die Eigenverantwortlichkeit nicht mehr gegeben seien. Durch die Besei-

¹⁰⁴ Arnold Köttgen, Die Krise der kommunalen Selbstverwaltung (1931), in: Ders. (Hg.), Kommunale Selbstverwaltung zwischen Krise und Reform. Ausgewählte Schriften, Stuttgart et al. 1968, S. 1–36, hier S. 3 und 5.

¹⁰⁵ Ebd., S. 24.

¹⁰⁶ Kölnische Zeitung, Nr. 585, 26. Oktober 1931 (Popitz); Nr. 587, 27. Oktober 1931 (von Lilienthal); Nr. 589, 28. Oktober 1931 (Gärtner) und Nr. 612, 9. November 1931 (Adenauer).

¹⁰⁷ Johannes Popitz, Zentralismus und Selbstverwaltung, in: Bernhard Harms (Hg.), Volk und Reich der Deutschen, Berlin 1929, S. 328–361. Johannes Popitz, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Gutachten erstattet der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich, Berlin 1932.

¹⁰⁸ Kölnische Zeitung, Nr. 585, 26. Oktober 1931.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

tigung der finanziellen Selbstständigkeit der Gemeinden, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben nun ein bestimmtes Budget zugeteilt bekämen und nicht mehr selbst finanzielle Mittel entsprechend ihrem Bedarf erheben dürften, sei auch die Eigenverantwortung der Selbstverwaltung abgeschafft worden. Zudem habe er den Eindruck, dass in der Diskussion um Zentralismus und Selbstverwaltung mit vermeintlich staatspolitischen Gründen gegen die Selbstverwaltung argumentiert werde; in einem parlamentarisch regierten Staat sei Selbstverwaltung „nicht mehr nötig, ja schädlich“.¹⁰⁹ Ursprünglich vom Freiherrn vom Stein als Schutz der Bürgerschaft gegen Willkür des absolutistischen Staates gedacht, sei Selbstverwaltung nach Ansicht der Kritiker in einer parlamentarisch-demokratischen Staatsform nicht mehr nötig, da auch „der Wille des gesamten Volkes in den Maßnahmen der Zentrale zum Ausdruck komme“.¹¹⁰ Adenauer nahm die Gegenposition ein und meinte, dass es einer zentralen Regierung nicht möglich sei, eine funktionierende Verwaltung aufzubauen, die die jeweiligen kommunalen Angelegenheiten durch zentrale Maßnahmen zufriedenstellend erledigen könne. Er sehe ein, dass die Selbstverwaltung innerhalb gewisser Schranken stattfinden müsse, die das Gesamtinteresse des Staates garantierten, allerdings brauche sie für ein gesichertes Funktionieren auch Freiräume zum selbstverantwortlichen Handeln – und dies sei in der gegenwärtigen Lage nicht der Fall.¹¹¹

Am 28. Oktober 1931 druckte die Kölnische Zeitung den Beitrag des Osnabrücker Oberbürgermeisters Gärtner (DVP) zum Thema „Zentralismus und Selbstverwaltung“ ab.¹¹² Für Gärtner ließ sich der Kampf zwischen Staatsbürokratie und Kommunalverwaltung, der sich in den Notverordnungen zeige, nicht allein auf die angespannte finanzielle und wirtschaftliche Lage der Zeit zurückführen, sondern auf das Ringen um die „besten Organisationsprinzipien“ zwischen einem staatlichen Einheitswillen, der sich im Zentralismus äußere, und dem Wunsch nach Bewegungsfreiheit der kommunalen Selbstverwaltung.¹¹³ Ein Ausgleich zwischen beiden sei nur „in einem gemischten System“ möglich, in dem sich „beide Kräfte nicht uneingeschränkt auswirken“ dürften. In diesem Ausgleich gehe es seiner Meinung nach sowohl um die Aufgabenteilung als auch um die Verteilung der Einnahmen. Aus diesem Grund bestehe zwischen Reichsreform und Finanzausgleich ein enger Zusammenhang, der es erschwere, beides getrennt voneinander zu betrachten. In einer grundlegenden Verfassungs- und Verwaltungsreform sollten „eine Abgrenzung der Zuständigkeiten“ und eine „Ratio-

¹⁰⁹ Kölnische Zeitung, Nr. 612, 9. November 1931.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Kölnische Zeitung, Nr. 589, 28. Oktober 1931.

¹¹³ Ebd.

nalisierung des Verwaltungsapparats“ vorgenommen werden. Gärtner räumte ein, dass es Aufgaben gebe, die zentral geregelt werden müssten, weil ein entsprechendes Interesse des Staates wie beispielsweise die politische Einheit oder die Rechtseinheit bestünde. Er spreche sich ebenfalls dafür aus, dass die Polizei zentral vom Reich getragen werde. Ebenso solle auch die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden, da dieses bereits über einen entsprechenden Verwaltungsapparat für die Arbeitslosenfürsorge verfüge. In den Fällen, in denen es an einem staatlichen Unterbau fehle, habe er nichts dagegen einzuwenden, dass die Aufgaben von den Kommunen übernommen würden. Er sei der Überzeugung, „je klarer und abgegrenzter die Funktionsteilung ist, ein desto höheres Maß von finanzieller Bewegungsfreiheit der Selbstverwaltung [sei] zu verantworten“.¹¹⁴ Gärtner sprach sich zudem für eine Neuregelung der Steuern und des damit verbundenen Finanzausgleichs aus. Er halte es außerdem für unangemessen und für „Bevormundung“, dass die kommunalen Haushalte im Rahmen der Notverordnungen unter Aufsicht des Reiches gestellt würden. Es liege schließlich nicht an dem schlechten Wirtschaften der Gemeinden, sondern an den Lasten der Aufgaben, die den Gemeinden übertragen worden waren, ohne dass jedoch für eine entsprechende finanzielle Ausstattung gesorgt worden sei.

Neben dieser Artikelserie zu Zentralismus und Selbstverwaltung ließ die Kölnische Zeitung auch verstärkt den Deutschen Städtetag beziehungsweise dessen Präsidenten, Mulert, zu Wort kommen.¹¹⁵ Am 21. Oktober 1931 berichtete die Kölnische Zeitung etwa über eine „Notkundgebung“ der kommunalen Spitzenverbände, bei der diese sich zur Entlastung der gemeindlichen Haushalte für eine „Reichsarbeitslosenfürsorge“ aussprachen.¹¹⁶ In den Jahren 1931 und 1932 ist eine deutliche Zunahme dieser Beiträge im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren der Weimarer Republik zu beobachten. Die verschärfte Krise der kommunalen Selbstverwaltung schlug sich auch in einer intensiveren Berichterstattung der Kölnischen Zeitung nieder. So berichtete sie selbst in eigenen Beiträgen über die Auswirkungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 oder über die kommunalen Finanznöte in Köln.¹¹⁷ In ihrer Abendausgabe vom 4. Januar 1932 druckte sie

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Ein Vortrag Mulerts zum Thema „Kommunale Finanzwirtschaft und Krise“ in: Kölnische Zeitung, Nr. 246, 6. Mai 1931. Der Deutsche Städtetag zum Verhältnis von Städten und Sparkassen in: Kölnische Zeitung, Nr. 426, 8. August 1931. Zur Finanznot der Gemeinden, in: Kölnische Zeitung, Nr. 210, 17. April 1932 und zu den Notverordnungen in Nr. 329, 19. Juni 1932. In Nr. 162, 22. März 1932 äußerte sich Mulert zu den „Sorgen und Wünschen der Gemeinden“.

¹¹⁶ Kölnische Zeitung, Nr. 574, 21. Oktober 1931.

¹¹⁷ Kölnische Zeitung, Nr. 448, 19. August 1931; der zweite Beitrag findet sich in Nr. 551, 9. Oktober 1931.

„... man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“

zudem eine Stellungnahme des Essener Stadtkämmerers zu dem bereits erwähnten Gutachten ab, das der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Popitz, zur zukünftigen Gestaltung des Finanzausgleichs vorgelegt hatte.¹¹⁸

Insbesondere die gegen Ende der Weimarer Republik stark zunehmende finanzielle Belastung der Gemeinden spiegelte sich in den Artikeln der Kölnischen Zeitung wider; am 19. Juni 1932 druckte sie unter der Überschrift „Gemeinden und Notverordnungen“ Meldungen über die desolante Haushaltslage in Berlin und in Hamburg sowie über die Neuregelungen der zwei Tage zuvor erlassenen Notverordnung ab.¹¹⁹ Knapp einen Monat später griff sie die finanzielle Not der Gemeinden wieder auf und berichtete, dass eine wachsende Anzahl an Gemeinden die von ihnen erhobenen Staatssteuern nicht mehr an den preußischen Staat weiterleiteten, sondern einbehielten.¹²⁰ Den Eindruck von einer auch für die Zeitungsleser immer deutlicher werdenden Krise der kommunalen Selbstverwaltung verstärkte und schürte die Kölnische Zeitung zudem durch Titel wie „Der Verfall der Selbstverwaltung“.¹²¹

Fazit: Die Bedeutung der Kölnischen Zeitung für die volksparteiliche Kommunalpolitik in der Rheinprovinz

Die Parteien der Weimarer Republik waren insbesondere bei ihrer kommunalpolitischen Arbeit auf die Presse angewiesen. Da über diese die öffentliche Meinung hauptsächlich geprägt wurde, war sie der entscheidende Schlüssel für die Verankerung der Parteien in der Bevölkerung. Dies galt ebenso für die DVP und insbesondere für die Arbeit der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Volkspartei Rheinprovinz. Die Vereinigung machte sich zum einen mit ihren Godesberger Tagungen einen Namen, zum anderen stießen auch die von ihr entwickelten Richtlinien für die volksparteiliche Kommunalpolitik in der Gesamtpartei auf starke Resonanz. Die rheinische Vereinigung prägte dadurch die Kommunalpolitik der Deutschen Volkspartei wie keine andere kommunalpolitische Organisation der Partei. Dabei hätte sie ohne die parteinahe Presse nicht die Bekanntheit und Bedeutung über die regionalen Grenzen hinaus erreicht, durch die sie Modellcharakter für die kommunalpolitische Arbeit der DVP erlangte. Die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz profitierte hierbei insbesondere von der Berichterstattung der Kölnischen Zeitung, die die regionale,

¹¹⁸ Kölnische Zeitung, Nr. 7, 4. Januar 1932.

¹¹⁹ Kölnische Zeitung, Nr. 329, 19. Juni 1932.

¹²⁰ Kölnische Zeitung, Nr. 449, 18. August 1932.

¹²¹ Kölnische Zeitung, Nr. 507, 16. September 1932.

nicht zwangsläufig parteizugehörige Öffentlichkeit über die Aktivitäten der Vereinigung informierte. Insofern hatte der Verleger der Kölnischen Zeitung, DuMont, Recht, als er 1931 behauptete, dass „ohne die Kölnische Zeitung die DVP im Rheinland damals kaum hoch gekommen wäre“.¹²²

Nicht nur die lokalen Tageszeitungen, die über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen vor Ort berichteten, sondern gerade die überregionalen Tageszeitungen wie die Kölnische Zeitung waren für die Kommunalpolitik der Parteien von enormer Bedeutung. Sie informierten ihre Leser über die Aktivitäten der Parteien im Bereich der Kommunalpolitik ebenso wie über die drängenden Fragen und aktuellen Themen der Kommunalpolitik insgesamt. Der Präsident des Deutschen Städtetags brachte dies 1929 mit folgender Formulierung auf den Punkt: „Publizität ist das Lebelement kommunaler Arbeit“.¹²³

Die Tageszeitungen waren aber nicht nur für die Parteien in der Weimarer Republik von enormer Wichtigkeit, da sie der Verbreitung ihrer parteipolitischen Ansichten und Interessen dienten, sie stellen zugleich eine in der Gegenwart unverzichtbare Quelle für die Erforschung der Parteien dieser Zeit selbst dar. Insbesondere für die kommunalpolitische Betätigung der Parteien, bei der die Quellenlage in den Archiven eher dürftig ist, sind die Tageszeitungen für die Wissenschaft von unschätzbarem Wert.

¹²² BArch Koblenz, N 1002/45: Schreiben von DuMont an Dingeldey vom 1. September 1931.

¹²³ Deutscher Städtetag (wie Anm. 6), S. 23.